



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 24. Juni 2024 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle des Kantons Zürich für das Jahr 2023 mit 173 zu 0 Stimmen genehmigt ([KR-Nr. 135/2024](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Einmalige Unterstützung des SAZ» von EVP, Grünen, SP und AL ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 478/2022](#)). Mit dem Vorstoss wurde vom Regierungsrat ein Unterstützungsbeitrag von 500'000 Franken für das Schreinerbildungszentrum Zürich (SAZ) gefordert, dessen Businessplan für die anlässlich der Leistungsüberprüfung 16 (Lü16) beschlossene Verselbständigung wegen der Covid-19-Pandemie nicht mehr aufging.

Der Kantonsrat hat mit 98 zu 76 Stimmen eine parlamentarische Initiative von GLP-Altkantonsrat Michael Zeugin betreffend «Klimagerechter Pendlerabzug» abgelehnt, mit der gefordert wurde, den Fahrkostenabzug zu reduzieren, weil dieser einen Anreiz für lange und damit klimaschädliche Arbeitswege darstelle ([KR-Nr. 186/2021](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 92 zu 81 Stimmen das Postulat betreffend «Verpflichtung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu einer aktiven Klimapolitik im Sinne des Pariser Klimaabkommens» von CSP und Grünen als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 90/2020](#)). Mit dem Postulat wurde gefordert, dass der Kanton als Nationalbankaktionär auf eine Integration von Klimarisiken in das Risikomanagement und die Anlagepolitik der SNB hinwirkt.

Der Kantonsrat hat mit 95 zu 75 Stimmen bei 1 Enthaltung eine parlamentarische Initiative von SVP-Altkantonsrätin Maria Rita Marty betreffend «Änderung § 225 Abs. 3 StG – Grundstückgewinnsteuer» abgelehnt, mit der gefordert wurde, die Grundstückgewinnsteuer bei einer Eigentumsdauer von über 20 Jahren stärker zu ermässigen ([KR-Nr. 69/2021](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 24. Juni 2024 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat mit 169 zu 0 Stimmen die aktuelle Jahresrechnung und den Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) genehmigt ([5954](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 169 zu 0 Stimmen einer Änderung des Gewaltschutzgesetzes zugestimmt ([5899](#)). Damit wird der Kanton künftig Fälle von Stalking und häuslicher Gewalt analysieren und dazu verschiedene Daten sowohl der gefährdenden als auch der gefährdeten Personen erheben.

Der Kantonsrat hat mit 94 zu 77 Stimmen eine Motion von SVP und FDP abgelehnt, mit der die Einführung eines Bezahlkartensystems als Ersatz für die aktuelle Praxis der finanziellen Unterstützung von Asylsuchenden und abgewiesenen Asylbewerbern gefordert wurde ([KR-Nr. 57/2024](#)).

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf eine Interpellation betreffend «Beim Schutzstatus S drängen sich Massnahmen auf» von SVP und FDP diskutiert. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt ([KR-Nr. 99/2024](#)).

Der Kantonsrat hat mit 72 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerbern Geldleistungen nicht mehr bar ausbezahlt, sondern auf eine spezielle Debit-Karte, deren Nutzung eingeschränkt ist, überwiesen werden sollen ([KR-Nr. 59/2024](#)). Eine Motion mit derselben inhaltlichen Forderung hatte der Rat zuvor abgelehnt. Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

(nic.)